

4. Schule als Seismograph

Der wohl genaueste Seismograph für den Stellenwert historischer Themen sind Schule und Unterricht, Lehrpläne und Schulbücher: Was sie thematisieren oder was nicht und wie sie thematisieren, zeigt an, wie ein Thema gesamtgesellschaftlich und politisch gewertet und beurteilt werden soll. Herbert Czaja²² schrieb der Schule in diesem Kontext eine sehr geringe Rolle zu, er beklagte nur die fehlende Darstellung der Rechtslage und des Gebietsstandes Deutschlands („in den Grenzen von 1937“) nicht nur seitens amtlicher Stellen und in den Medien, sondern auch im Schulunterricht.

Das unterschätzt sie, nicht nur in Bezug auf seine Klage. Denn von der Bedeutung und ernsthaft gemeinten Berücksichtigung der Rechtspositionen hat die Schulpolitik im Trend jedenfalls bereits in den 70er Jahren Abschied genommen, auch wenn die KMK 1978 darauf noch klar verwiesen hat: Der (damalige) Friedensvertragsvorbehalt wird im Zusammenhang mit der Potsdamer Konferenz und den Ostverträgen zwar bis heute noch durchgängig erwähnt, aber er erscheint schon seit den 70er Jahren nur mehr als eine juristische Finesse, die die Realität längst überholt hat. Das unterschätzt die Schule aber auch deswegen, weil sie der einzige Ort in jeder Gesellschaft ist, dem bekanntlich keiner entkommt und in dem es um systematische Wissensvermittlung geht; sie ist jene Übergangsinstitution, in der die Erwachsenengeneration der nachwachsenden Generation auf den Weg gibt, was sie wissen soll und wovon die Erwachsenengeneration überzeugt ist, dass es wertvoll sei, wenn es vermittelt wird. Der Auftrag der Schule ist verankert in Gesetzen und Erlassen, die ihren Rahmen setzen und das spiegeln, was bildungspolitisch für richtig und daher vermittelenswert angesehen wird. Dabei liegt der Akzent auf „politisch“, daher folgt die Schule sich verändernden politischen und gesellschaftlichen Vorgaben, die sich an Mehrheiten orientieren und das dominante politische Klima verkörpern; daher gibt sie Auskunft über den jeweiligen „Zeitgeist“. Wenn daher der polnische Präsident Lech Kaczynski in einem Interview mit dem SPIEGEL²³ unter Bezug auf das „Zentrum gegen Vertreibungen“ erneut die Befürchtung äußert, man wolle „Schuld relativieren“, dann müsste sich das doch gerade dort niederschlagen, wo die beste Gelegenheit dazu besteht, nämlich in den für alle jungen Menschen verpflichtenden Bildungseinrichtungen. Wird dort Schuld „relativiert“, wird gar „aufgerechnet“? Wird dort ein nega-

22 Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik (Frankfurt/M. 1996), 397f.

23 10/2006.

tives Polen-Bild verbreitet? Man muss es so zuspitzen, denn das Bild, das dort geprägt wird, ist zweifellos tiefer und nachhaltiger, als es eher punktuelle Initiativen hervorrufen könnten; auch die weithin zu Recht gelobte ZDF-Serie „Kinder der Flucht“ oder der von der ARD produzierte Film „Die Flucht“ (der Vertreibung allerdings nur auf Flucht reduziert) kann sicher temporäre Emotionen freisetzen, aber keine solche Tiefenwirkung erzielen.

Den schulischen Bildungsauftrag in unserem Kontext kennzeichnet der Lehrplan von Schleswig-Holstein (2002) in einem allerdings (und bedauerlicherweise) nur als „Projekt/Beispiel“ für die Sekundarstufe des Gymnasiums/der Gesamtschule formulierten Vorschlag, der sehr gut zeigt, wie man das Thema zu begründen hat. Schon die Überschrift macht die wechselseitige Problematik deutlich: „Schwierige Nachbarn: Deutsche und Polen“, was ja nicht nur bedeutet: Nur die Deutschen waren/sind (?) schwierige Nachbarn, es kann sich auch auf die Polen beziehen, mit denen wir in „schwieriger Nachbarschaft“ leben, bis heute. Daher kommt es genau auf das an, was der Lehrplan als Inhalt und Ziel des historischen Bildungsprozesses weiter ausführt: „Ausgehend von der historischen Verantwortung des polnischen *und* deutschen Volkes bedarf es der Analyse der wechselvollen Vergangenheit beider Länder, damit tradierte Vorurteile und Klischees reflektiert, problematisiert und abgebaut werden können. Im Rahmen der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Prozesse bilateraler und supranationaler Integration können geschichtlich fundierte Kenntnisse zur Verständigung und zum Verständnis füreinander beitragen. Es wird dadurch eine der deutsch-französischen Versöhnung vergleichbare Entwicklung unterstützt.

Über diese Orientierung und Schwerpunktsetzung hinaus bietet das Projekt Einblicke in die Interessen unseres zwar geografisch, aber nicht unbedingt bewusstseinsmäßig nahen östlichen Nachbarstaates.“

Nimmt man diese Absichtserklärung und das damit verbundene Ziel als Leitfaden auch der folgenden Bewertung ernst, die sich bedauerlicherweise nur auf die deutsche Seite bezieht (eine entsprechende Ergänzung nach der polnischen wäre ein dringendes Desiderat, denn das wenige, was wir hier über die polnische Sicht auf Deutschland in dortigen Schulbüchern erfahren, ist nicht dazu angetan, große Hoffnungen zu hegen),²⁴ dann wird deut-

24 Vgl. auch K. Ruchniewicz, *Zögernde Annäherung. Studien zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert* (Dresden 2005; Mitteleuropa-Studien 7) 311 ff.; s. auch den Hinweis von Th. Urban, „Der Henker darf nicht Opfer werden“, in: *SZ* vom 16. August 2006: „Zwar sind in Polen seit Mitte der neunziger Jahre rund zwei Dutzend Bücher (gemeint: über die Vertreibung) erschienen. Doch waren die Auflagen stets äußerst gering. Auch fand das Thema ein Echo nur in der liberalen Presse. *Die Schulbücher sparen es wieder aus.*“

lich werden, dass erhebliche Defizite bestehen, wobei sich diese Defizite freilich nicht nur auf die Darstellung des polnischen Bereichs, sondern auch auf den eigenen Bereich beziehen.

Es existiert keine aktuelle Untersuchung zum Verhältnis von Deutschen und Polen und zum historischen deutschen Osten im Unterricht, die die jüngste Zeit abdeckt.²⁵ Das Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung in Braunschweig hat zwar seit 1972 den deutsch-polnischen Geschichtsbildern im Schatten des Kalten Krieges bilaterale, angesichts der ideologischen Auseinandersetzung und der westdeutschen Rechtspositionen sehr umstrittene und bei der Ostsiedlung zerstrittene Konferenzen und daraus erwachsene Empfehlungen gewidmet,²⁶ aber Schulbuchanalysen gelten nur Einzelthemen.²⁷ Der Verfasser hat 2000 selbst den Versuch unternommen, sich deutlich wandelnde Tendenzen der Behandlung des historischen deutschen Ostens in diachroner Betrachtung seit 1949 in Richtlinien und Schulbüchern nachzuweisen, aber das konnte naturgemäß nur eine Grobübersicht sein, die bis in die 90er Jahre reichte. Das Fehlen einer aktuellen Analyse ist umso bemerkenswerter, als das deutsch-polnische Verhältnis unter dem Aspekt der historischen Hypothek von 1945/46 – Flucht und Vertreibung, Verlust der Ostgebiete – deutscherseits und in Reaktion darauf die deutschen Verbrechen an und in Polen²⁸ nach 1939 polnischerseits in den letzten

25 Verf., Der historische deutsche Osten im Unterricht. Diachrone Analyse von Richtlinien und Schulbüchern im Fach Geschichte von 1949 bis zur Gegenwart (Hamburg 2000). – Es ist immerhin hervorzuheben, dass Schleswig-Holstein im 2002 erlassenen Lehrplan Geschichte Sek. II, Gymnasium, Gesamtschule unter Projektlernen, 12. Jahrgang im Rahmen des allerdings fakultativen Beispiels „Schwierige Nachbarn: Deutsche und Polen“ auch „Deutsche und Polen in Geschichtsbüchern“ einzubeziehen vorschlägt. – M. Martens konstatiert in der FAS vom 25. Dezember 2005 das Bemühen der Balkanstaaten, wahrheitsoffenere Geschichtsbücher aufzulegen und umgekehrt das Desinteresse deutscher Schulbücher an Südosteuropa: „Strategie der Konfliktvermeidung“?

26 S. die Auswahlbibliographie und: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47/77 (26. November 1977); J. J. Menzel/W. Stribny/E. Völker, Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern (Mainz 1978); Rückblick: Th. Strobel, Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission 1972–1989, in: Archiv für Sozialgeschichte 45/2005, 253ff. (ebd. auch Hinweise auf weitere Lit.); K. Ruchniewicz (Anm. 24).

27 S. Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung: Verzeichnis der Veröffentlichungen, Stand August 2005; hingewiesen sei hier auf S. Bachmann u.a. (Hg.), Deutschlandbild und Deutsche Frage in historischen, geographischen und sozialwissenschaftlichen Unterrichtswerken der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Braunschweig 1986), wo unser Thema schon ausgeblendet ist.

28 Allerdings sollte man auch hier nicht nur pauschalisieren, wie dies allzu undifferen-

Jahren wieder deutlich mehr ins Bewusstsein der Medien und der Öffentlichkeit geraten sind, als dies im Zeitraum seit den späten 70er Jahren und der Wiedervereinigung 1989 der Fall gewesen ist. In der Zeit des Kalten Krieges war es ein Null-Verhältnis,²⁹ geprägt von der ideologischen Frontstellung zwischen Ost und West und der noch frischen, jeweils national kultivierten Erinnerung vor allem an die Zeit zwischen 1939 und 1945/46, die den jeweils anderen mehr oder minder ausblendete und sich auch in der historischen Rückprojektion bis ins Mittelalter zurück, in der Verarbeitung der „Fernerinnerung“, widerspiegelte. Zwar brach seit Mitte der 60er Jahre, insbesondere durch Erklärungen der Kirchen in Polen und Deutschland, die den Weg zu den Ostverträgen 1970 bahnten (was damals freilich in beiden Ländern auf keineswegs ungeteilte Zustimmung traf),³⁰ dieses Null-Verhältnis auf. Auch die Bildungseinrichtungen wurden nach 1969 davon erfasst, obwohl die bereits genannten deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen nach 1972 in der Öffentlichkeit weit mehr Aufmerksamkeit fanden als bei den Richtlinien und Schulbuchautoren, wo sie kaum Spuren hinterlassen haben. Aber Polen kam damals höchstens sporadisch ins öffentliche Bewusstsein, und das auch zumeist nur im Zusammenhang mit den ehemals deutschen Provinzen im Osten. Wie tief das saß, lässt sich durch Auswertung entsprechender Leserbriefe in den Zeitungen bei gegebenen Anlässen (etwa Papstbesuch, Ortsnamen o.Ä., man vergleiche auch die Reaktionen auf die Beneš-Dekrete) leicht nachweisen. Oder es wurden die bekannten Vorurteile kultiviert, von der fast sprichwörtlichen „polnischen Wirtschaft“ über Autoschieber bis hin zu Harald Schmidts Polenwitzen; auch die „Kartoffelsatire“ in der „taz“ vom 26. Juni 2006 oder die Satire in DIE WELT.de vom 6. November 2006 („So haben uns die Polen garantiert wieder lieb“), die sogar zu offiziellen Verstimmungen führten, oder die auch in Polen geführte Debatte um Günter Grass und die Waffen-SS gehören in diesen Kontext,³¹ zumal die derzeitige nationalkonservativ orientierte polnische Regierung ja viel daransetzt, das Bild „der“ Polen in Deutschland nicht allzu freundlich

ziert J. Böhler, Auftakt zum Vernichtungskrieg (Frankfurt/M. 2006), versucht; s. auch Ch. Hartmann, „Allzu flinke Formel“, in: FAZ vom 25. Januar 2007.

29 S. zum Folgenden die Beiträge von P. Bender/D. Bingen/Th. Urban, Deutschland und Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2005 (31. Januar 2005).

30 Vgl. K.-J. Hummel, Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Zukunft? Polnische und deutsche Katholiken 1945–1978, in: Ost-West, Europäische Perspektiven 6/2005, 272ff.; W. Grycz, Zum 40. Jahrestag des Briefwechsels. ‚Wenn ich an Deutschland und Polen denke ...‘, ebd. 282ff.; s. auch die Beiträge von R. Zurek/T. Mazowiecki, in: Dialog, Deutsch-polnisches Magazin Nr. 72-72/2005/2006, 65ff.

31 Vgl. K. Schuller, „Kaczynskis Bullterrier hat sich verrannt“, in: FAZ vom 1. September 2006.

werden zu lassen und sogar die nun wirklich versöhnliche Rede des Bundespräsidenten zum „Tag der Heimat“ am 2. September 2006 als „beunruhigendes Ereignis“ würdigte.³² Eine gewisse Hinwendung hierzulande war zwar zu spüren im Zusammenhang mit Solidarnosc, Kriegsrecht und deutscher Hilfe nach 1980 für die polnische Bevölkerung, aber das galt eben den Menschen, und in ihrer Spendenbereitschaft lassen sich die Deutschen so leicht nicht übertreffen. Die 2+4-Gespräche und der deutsch-polnische Vertrag vom 14. November 1990 waren zwar noch einmal da und dort Anlass zum Rückblick nicht nur auf Krieg und Vertreibung, sondern auch auf die Rolle Polens und des polnischen Papstes bei der Erosion des Ostblocks und damit der Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung, haben aber ebenfalls kein besonderes Interesse an Polen ausgelöst. Das „echte“ Polen-Bild in der damaligen DDR dürfte sich von den offiziellen Freundschaftsritualen sicher unterscheiden haben; die alte wie auch die neue Bundesrepublik war und ist bis heute westorientiert: Mallorca lag und liegt im Horizont der Deutschen weit näher als Danzig, Breslau, Königsberg oder Lemberg.³³

Tieferes, auch emotionales Interesse an Polen (und Tschechien), an der Geschichte des Ostens insgesamt unter Einschluss der Vergangenheit und teilweise noch Gegenwart der deutschen Siedlungsgebiete, freilich auch hier weithin unter nationalem Blickwinkel, bestand im Wesentlichen bei den Heimatvertriebenen, ihren Verbänden und Kultureinrichtungen, deren Verdienste um die wissenschaftliche Forschung nicht unterschätzt werden sollten, nachdem sich die deutsche Zeitgeschichte aus dem Thema bis auf einige Außenseiter verabschiedet hatte.³⁴

32 Man denke hier nicht nur an die offensichtlich instrumentalisierten Reaktionen auf die Ausstellung „Erzwungene Wege“, man denke auch an die Debatte über das Minderheitenprivileg für die Deutschen in Polen (s. FAZ vom 9. September/FAS vom 10. September 2006 [„Tribalisierte Welt“] u.v.a.m.); zur Rede von Horst Köhler zum „Tag der Heimat“ s. FAZ vom 4. September 2006; „hysterisch“ nennt das der Kommentar.

33 Vgl. auch K. Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa* (Berlin 1986) 121; lesenswert: ders., *Promenade in Jalta und andere Städtebilder* (München/Wien 2001).

34 Insbesondere ist hier Alfred M. de Zayas zu nennen: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen* (erw. und aktual. 10. Aufl. Berlin 1999); *The German expellees: victims in war and peace* (Basingstoke 1993); *Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten* (2. überarb. und erw. Aufl. Stuttgart [u.a.] 1987; jetzt neu erschienen als *Die deutschen Vertriebenen. Keine Täter – sondern Opfer*, [Graz 2006]); vgl. auch M. Kittel, *Preußens Osten in der Zeitgeschichte*. Mehr als nur eine landeshistorische Forschungslücke, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 50/2002, 435-463; ders., *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)* (München 2007);

Diese Situation der Ghettoisierung des Themas ist, wie bereits eingangs betont, nicht mehr zeitgemäß. Der Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten in die EU, bei dem ja Deutschland in besonders engagierter Weise den Weg für den Beitritt v.a. Polens gebahnt hat, hat den Blick für die neuen Räume und Achsen jenseits des vormaligen Eisernen Vorhangs neu justiert. Die intensive, durch Günter Grass („Im Krebsgang“) wieder eröffnete Debatte über Flucht und Vertreibung hat die wohl gravierendste historische Folgeerscheinung des von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieges wieder in das öffentliche Bewusstsein und auch auf das Tableau der Forschung zurückgerufen; die sehr gut besprochene Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Haus der Geschichte (Bonn) ist dafür nur ein Zeichen.³⁵ Umgekehrt haben sich polnische Zeithistoriker dem Thema genähert,³⁶ es gibt fruchtbare Forschungsoperationen, die Archive sind zugänglich, auch in Tschechien³⁷ ist Bewegung, wenn auch sehr langsam,³⁸

J.-D. Gauger/M. Kittel (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur (St. Augustin 2005); s. weiter den Überblick bei H. Lemberg, Geschichten und Geschichte. Das Gedächtnis der Vertriebenen nach 1945, in: Archiv für Sozialgeschichte 44/2004, 509ff. und die Arbeit von M. Stickler (Anm. 21); jüngst M. Kittel/H. Möller, Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006) 541ff. Das Vergessen geht sogar so weit, dass die FAZ (vom 5. Juli 2006) die Nationalspieler und (deutschen) Schlesier Ballack (Görlitz), Klose (Oppeln) und Podolski (Gleiwitz) als Polen bezeichnet und über Loyalitätskonflikte sinniert; vgl. Leserbrief ebd. vom 20. Juli 2006 („Landsleute“).

- 35 DIE WELT/SZ vom 3. Dezember/FAS vom 4. Dezember; FAZ vom 5. Dezember 2005; Bild vom 5. Dezember 2005.
- 36 Leider nicht zugänglich war mir aus sprachlichen Gründen: Uniwersytet Wrocławski Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta (Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław) Forschungsprojekte des Willy Brandt Zentrums für das Jahr 2005, u.a. Geschichte: Dzieje Komisji Podrecznikowej Polsko-Niemieckiej 1972-2002 (Geschichte der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission 1972-2002).
- 37 Immerhin hat sich Prag im August 2005 bei den deutschen sog. „Antifaschisten“ entschuldigt, dazu allerdings K.-P. Schwarz, in: FAZ vom 26. August 2005: „Eines aber ist sie (gemeint: diese Geste) nicht: ein Eingeständnis, dass es ein schweres Unrecht war, die Deutschen, die sich nicht mit den Verbrechen des Nationalsozialismus befleckt hatten, zu verfolgen.“; K. Brill, „Courage in Prag“ blickt in der SZ vom 26. August 2005 tiefer zurück: „Dass Staatspräsident Klaus diese eher symbolische Geste als überflüssig und gefährlich ablehnte, ist nur ein weiterer Beleg dafür, wie weit der Weg noch ist zu einer auch in die Tiefenschichten dringenden Verständigung und Versöhnung. Man muss, will man auf ihm nun weiter vorankommen, die ausgetretenen Pfade verlassen. Man muss auch weiter zurückgehen in der Geschichte als bis zur Vertreibung 1945, zum Münchner Abkommen 1938 und zur Gründung des tschechoslowakischen Staates 1918, die das Ergebnis des Ersten Weltkrieges und des Zusammenbruchs des Habsburger Reiches war. Man sollte durchaus den Bogen

immerhin sind Politikwissenschaftler wie Bohumil Dolezal³⁹ öffentlich hörbar, und vereinzelt werden auch politische Zeichen gesetzt.

Zugleich signalisiert der andauernde (und aktuell wieder verschärfte) Streit um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“⁴⁰ in Berlin, dass das Thema immer noch erhebliche Emotionen, Ängste, Verwundungen, Schuldzuweisungen freisetzen kann, die natürlich auch politisch instrumentalisiert wer-

spannen über das ganze hochmütige, herrische Habsburger Regime hinaus, dem sich die Tschechen jahrhundertlang unterzuordnen hatten. Vielleicht bis hin zu jenem grausigen Strafgericht, dem 1620 nach der Schlacht am Weißen Berg der aufständische böhmische Adel unterworfen wurde. Wenn die Deutschen mehr Verständnis zeigten für all die Demütigungen, die Tschechen im Laufe der Jahrhunderte erleiden mussten, dann wächst auf tschechischer Seite vielleicht auch die Bereitschaft, die Dinge neu zu sehen. Vielleicht akzeptieren sie es dann eines Tages als historische Wahrheit, dass 1945 eine ethnische Säuberung stattgefunden hat. Es war ein grausamer Schlussstrich, nicht nur unter Jahre, sondern unter mehrere Jahrhunderte, die Vertriebenen wie ihre Nachkommen können dies niemals anders empfinden denn als Unrecht. Dass die Sudetendeutschen ihrerseits die Geschichte nicht erst 1945 und auch nicht erst 1918 beginnen lassen dürfen, versteht sich von selber. Was jetzt in Tschechien in Bewegung kommt, bedarf der symmetrischen Ergänzung auf der gegenüberliegenden Seite, wenn es ein dauerhafter Prozess werden soll.“ Zum Verhältnis 1815–1989 s. J.K. Hoensch/H. Lemberg (Hg.), *Begegnung und Konflikt* usf. (Essen 2001; Bzpb).

- 38 Zur jüngsten Auseinandersetzung s. K.-P. Schwarz, „Der Plan ging nicht auf. Deutsch-tschechisches Historikerprojekt zur Vertreibung endet im Historikerstreit“, in: FAZ vom 10. November 2006.
- 39 Vgl. „Osteuropa verträgt offene Worte“, in: DIE WELT vom 1. Dezember 2005.
- 40 Immerhin hat sich die CDU/CSU für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin eingesetzt (Regierungsprogramm); die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat sich im August 2005 darüber hinaus für eine stärkere Berücksichtigung im Schulunterricht und für einen nationalen Gedenktag ausgesprochen (NZZ vom 20./21. August 2005). Zur Ablehnung eines Platzes für das „Zentrum gegen Vertreibung“ durch das katholische Bistum Berlin s. Th. Schmid, FAS vom 21. August 2005 („Ein Trauerspiel: Gerade Linke und Liberale täten gut daran, das Zentrum nicht zu verhindern, sondern verbessern zu wollen“). Bemerkenswert, dass die sonst eher zurückhaltende SZ vom 25. Oktober 2005 Warschau empfiehlt, das Projekt auch als Chance für sich selbst zu betrachten. Daher sollte man (die damals wahlkampfgeprägte) Rhetorik auch nicht überbewerten; vgl. noch M. Kamann, „Vertreibung“ in: DIE WELT vom 17. August 2005; „Das ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ wurde nicht als symbolisches Mahnmal, sondern als lebendiger Ausstellungs- und Diskussionsort entworfen. Dann sollte man auch keine nutzlosen Kämpfe um den symbolischen Akt seiner Einrichtung führen, sondern mit der lebendigen Arbeit beginnen.“; s. weiter DIE WELT vom 28. Oktober 2005: „Außenpolitiker sehen keine Krise in Beziehungen zu Polen“; FAZ vom 27. Oktober 2005: „Kaczynski kritisiert Vertriebene“; Steinbach: „Nationalistische Töne‘, Aufgeheizte Stimmung“; H. Hirsch, „Menschenrecht auf Erinnerung“, in: DIE WELT vom 3. März 2006; dass bei derartigen Verlautbarungen bis heute kein Ende abzusehen ist, dazu s. Anm. 13.

den können,⁴¹ was nur daraufhinweist, dass die Beziehungen zwar äußerlich normal, ja relativ gut sind, aber in Tiefenschichten unerschwinglich immer noch durch die Geschichte gestört oder belastet werden. Bundespräsident Köhler hat bei seinem Besuch in Polen im August 2005 anlässlich des 25. Jahrestages von Solidarnosc diese Ängste angesprochen und jeden Versuch einer Geschichtsrevision zurückgewiesen.⁴² Freilich wird man gerade bei diesem Thema die jeweilige „nationale“ Betroffenheit niemals ausblenden;

41 Vgl. K. Schuller, „Nachlassender Schweigezwang“, in: FAZ vom 17. August 2006.

42 Dazu Th. Urban, „Helden und Opfer“, in: SZ vom 25. Oktober 2005: „Dabei liegt das Hauptproblem keineswegs in einander ausschließenden Geschichtsinterpretationen. Vielmehr sind die heftigen polnischen Reaktionen, auch die der Kaczynski-Zwillinge, vor allem das Ergebnis mangelnder Information. In Polen geht man davon aus, dass das Zentrum Polen als ‚Vertreiberstaat‘ denunzieren und zugleich leugnen wolle, dass Massenvertreibungen von Polen auch Instrument der NS-Volkstumspolitik gewesen seien. Indes stimmt diese Prämisse nicht: Zu einer Dauerausstellung sollen auch diese Kapitel gehören. Schon die Entstehung des Projekts beruhte auf einem Missverständnis: Die Initiatoren, an ihrer Spitze die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach und der kürzlich verstorbene frühere SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, hatten die erste polnische Vertreibungsdebatte Mitte der neunziger Jahre verfolgt. Sie war geprägt von Empathie und stand unter dem Motto ‚Müssen wir die Deutschen um Verzeihung bitten?‘ 2000 bis 2002 folgte allerdings die ‚Jedwabne‘-Diskussion über die Beteiligung eines Teils der Bevölkerung am Holocaust. Beides begriffen Steinbach, Glotz und viele andere als Beweis, dass Polen seinen Mythos der ‚immerwährenden Helden und Opfer‘ überwunden habe, dass die Gesellschaft nun bereit sei, mit den Deutschen das Thema Vertreibung aufzuarbeiten. Dies war ein Irrtum. Bei der Jedwabne-Debatte sahen die Polen sich als Mittäter an den Pranger gestellt und betrachteten dies als ungerecht. Es sei ein Unterschied, ob der Holocaust ein staatliches Programm war wie bei den Deutschen oder ob sich in einem besetzten Land ein kleiner Teil der Bevölkerung an Mordtaten, die von den Deutschen organisiert wurden, beteiligt hat. So galt das Zentrumsprojekt nur als weiterer Versuch, die Polen zu Tätern zu machen. Zugleich hält die polnische Debatte mit dem Satz ‚Die Täter stellen sich als Opfer dar‘ an der deutschen Kollektivschuld fest, was wiederum Deutschland nicht akzeptiert und als Ausdruck eines schlechten Gewissens betrachtet. Auf deutscher Seite wird überdies geklagt, dass die Polen mit ihrem Beharren auf der Rekonstruktion der Kriegseignisse die deutschen Bemühungen um Aufarbeitung ausklammern. Es scheint aus dieser verschachtelten Lage nur einen Ausweg zu geben: Die polnische Seite muss zur Überzeugung gelangen, dass ihr die gemeinsame Aufarbeitung nützt. Ansatzpunkt könnte der Warschauer Aufstand von 1944 sein, dessen Geschichte Lech Kaczynski als Oberbürgermeister der Hauptstadt in einem Museum dokumentieren ließ: Die überlebenden Polen wurden nämlich ebenfalls vertrieben, dieses Kapitel würde also ebenso in das Zentrum gehören wie die Vertreibung von mehr als einer Million Polen aus den vom Deutschen Reich annektierten Gebieten und die Zwangsumsiedlung der Ostpolen. Es wäre eine Möglichkeit, den Deutschen jene tragischen, aber weniger bekannten Kapitel der polnischen Historie beizubringen, bei denen Deutsche Täter waren. Beide Seiten würden gewinnen.“

es „europäisieren“ zu wollen ist zugunsten einer „Historisierung“ im „Zeitalter der Vertreibungen“ seit Lausanne 1923 sicher hilfreich, wird aber nicht verhindern können, dass die Gefühle national orientiert bleiben.⁴³

Die Erweiterung der Achsen und Räume, die Revitalisierung einer bis heute emotional hochbelasteten Hypothek und die Tatsache, dass die EU um Regionen bereichert wurde, die ein engeres Verhältnis zur Geschichte kultivieren, als dies im Westen vielfach und in Deutschland besonders der Fall ist, machen es unumgänglich, sich auch der Geschichte dieser Räume intensiver zuzuwenden, insbesondere in ihrer Verflochtenheit mit der deutschen Vergangenheit, in Spannung, in Ausgleich, im Gegensatz, in der Katastrophe, und dabei wieder einzubeziehen, dass es sich um eine Geschichte handelt, die nicht erst 1939 und/oder 1945 beginnt, sondern zurückführt bis in das 12. Jahrhundert, an den Beginn der deutschen Siedlungstätigkeit in den später deutschen Provinzen des Reiches. Immerhin gehörten die infrage stehenden Gebiete – Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Teile von Westpreußen – völkerrechtlich bis 1990 zu Deutschland („in den Grenzen von 1937“), jedenfalls in der Rechtsauffassung der Bundesrepublik, worauf die Urteile des Bundesverfassungsgerichts noch 1973 und 1975 ausdrücklich hingewiesen haben. Der Vertrag von Görlitz, in dem die DDR 1950 die Oder-Neiße-Linie anerkannte, wurde in Westdeutschland niemals akzeptiert. Eine Akzeptanz war verfassungsrechtlich ausgeschlossen; auch die Ostverträge der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt haben diesen rechtlichen Status nicht grundsätzlich verändert. Sie waren Gewaltverzichtsverträge. Erst mit dem 2+4-Vertrag als Friedensvertragsersatz und dem deutsch-polnischen Vertrag ist dieser völkerrechtliche Status der 1945 in Potsdam unter „polnische Verwaltung“ gestellten Gebiete endgültig zugunsten der Anerkennung der polnischen Westgrenze beendet worden. Auch wenn im Bewusstsein der Öffentlichkeit bis auf einige wenige Hardliner die infrage stehenden Gebiete schon längst als verloren betrachtet wurden und wohl niemand auch nur im Entferntesten damit rechnete, dass sich die Verhältnisse wieder ändern würden, so bleibt eben doch festzuhalten, und dem hat auch die KMK bis 1978 Rechnung getragen, dass zur „deutschen Frage“ und nicht nur als Teil der deutschen Geschichte auch die Gebiete jenseits von Oder-Neiße einzurechnen sind.

Vor diesem Hintergrund ist eine Untersuchung des deutsch-polnischen Verhältnisses an den Schulen und dort an den entscheidenden historischen Stationen ein Desiderat. Umfragen welcher Art auch immer sind nur ak-

43 S. P. Glotz, „Es gibt keine europäische Geschichte. Das ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ kann nur deutsche Erfahrungen darstellen“, in: DIE WELT vom 27. August 2005; ders., Von Heimat zu Heimat (Berlin 2005) 36ff.

tuelle Schlaglichter.⁴⁴ Politische Äußerungen beschränken sich üblicherweise auf die jüngste Vergangenheit, unterliegen ritualisierten Deutungsmustern und sind keineswegs immer konsensfähig. Wenn man hingegen der Frage nachgehen will, welches normative Verhältnis man zu dieser Geschichte einnehmen soll, und zwar nicht nur zur jüngsten, sondern auch zur „Fernerinnerung“, dann ist jenseits regierungsamtlicher oder parteipolitischer Verlautbarungen die Schule, sind Lehrpläne/Richtlinien und Schulbücher der wichtigste Seismograph, um dominierende Geschichtsbilder festzumachen.

Im Folgenden haben die Lehrpläne/Richtlinien (o.Ä.) und neuerdings länderbezogene Bildungsstandards (für Geschichte Baden-Württemberg),⁴⁵ soweit sie nicht nur formal gehalten sind („Kompetenzen“), sondern auch verbindliche Inhalte nennen, eine besondere Bedeutung. Denn sie formulieren das, was in jedem Falle vermittelt werden muss, was nur fakultativ oder schlicht gar nicht angeboten wird. Was die Schulbücher darüber hinaus mitteilen, und sie sind naturgemäß immer ausführlicher, muss nicht zwingend vermittelt und gewusst werden; allerdings lassen sie wiederum erkennen, wie das jeweilige Bild angesichts der üblicherweise nur knappen oder andeutenden Formulierung der Lehrpläne/Richtlinien einerseits und angesichts der erforderlichen Zulassung andererseits ausgemalt werden soll. Dabei beschränken wir uns auf den Geschichtsunterricht, der hier zentral ist, unbeschadet der Möglichkeit, dass auch in anderen Fächern das Thema zur Sprache kommen kann: in Deutsch bei der Besprechung aus den historischen Ostgebieten stammender Literaten⁴⁶ oder in Sozialkunde (o.Ä.) bei der Aussiedlerproblematik. Dass das anschließend zitierte Schulbuch ein allerdings höchst einflussreiches Sozialkundebuch war, ist dadurch begründet, dass sich an ihm der rasche Wandel eines „offiziellen“ Geschichtsbildes höchst eindrucksvoll dokumentieren und übertragen lässt.

44 Eine solche für das polnische Deutschlandbild positive Umfrage etwa in: inter/esse, hg. vom Bundesverband Deutscher Banken 4/2006: „Mit viel Optimismus und gutem Willen“.

45 Man muss freilich zur Kenntnis nehmen, dass die Bildungsstandards geringere Anforderungen stellen als die „Bildungspläne“. Folgt man der Zusammenfassung Bildungsstandard Kl. 8 in dem 2006 erschienenen Lehrbuch „Forum Geschichte 3. Von der Französischen Revolution bis zur Russischen Revolution“, hg. von C. Tatsch/H.-O. Regenhardt, Cornelsen Verlag, Berlin 2006 (Ausgabe Baden-Württemberg), so spielt die Ostsiedlung keine Rolle, und was der Band selbst über Polen bietet, ist nicht der Erwähnung wert.

46 Immerhin wurden im Entwurf für den Geschichtslehrplan für die GOS in Nordrhein-Westfalen 1998 (1999 ausgelassen; s. S. 89ff.) im Rahmen der „fachübergreifende(n) Fragestellungen“ (S. 51f.) 1998 für Deutsch eigens literarische Themen angegeben (darunter Horst Bieneck), unter Religion die „gesellschaftliche Rolle der katholischen Kirche in Polen“.